



„Landtag Intern“ macht den Aufschlag, die Abgeordneten retournieren.

Schlag auf Schlag

Auf diesen Seiten beziehen die Fraktionen zum Schwerpunktthema Stellung.



Der technische Zugang zum schnellen Internet (Breitbandversorgung) in allen Landesteilen ...

... ist zweifelsohne wichtig. Dies kann das Land nicht allein organisieren. Hier sind Unternehmen und der Bund gleichermaßen gefragt. Das Land wiederum muss die Beteiligten an einen Tisch bringen und gute Rahmenbedingungen schaffen. Auch EU-Fördermittel sollen gezielt eingesetzt werden.

... ist für viele Menschen ein bislang nicht erfülltes, aber dringliches Anliegen. Er ist Voraussetzung nicht allein für neue Geschäftsmodelle und Effizienzsteigerungen der mittelständischen Unternehmen, Freiberufler und Kreativschaffenden, sondern auch notwendige Grundlage für alle Haushalte zur Teilhabe am Internet.

Um eine möglichst gleichberechtigte Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger an den digitalen Medien zu gewährleisten, ...

... muss die Netzneutralität gesetzlich abgesichert werden. Inhalte müssen gleich schnell durch das Netz geleitet werden. Nicht Unternehmen sollen bestimmen, welche Daten Priorität haben, sondern jede Bürgerin und jeder Bürger soll selbst entscheiden dürfen, was für sie und ihn wichtig ist.

... muss die Landesregierung konsequent den flächendeckenden Breitbandausbau in Nordrhein-Westfalen unterstützen, was sie bisher im Gegensatz zu anderen Bundesländern versäumt hat.

Ein selbstbestimmter und nutzenbringender Umgang mit Medien setzt eine entsprechende Medienkompetenz voraus. Um diese zu erreichen, ...

... beginnen wir mit dem Medienpass bereits in der Grundschule. Kinder sollen unabhängig von ihrer Herkunft die Chance haben, den verantwortungsvollen Umgang mit Medien aller Art zu erlernen. Auch die Bürgermedien sind Teil unseres Konzeptes. Dafür brauchen wir in NRW starke Partner wie die Landesanstalt für Medien (LfM) und das Grimme-Institut.

... muss die Landesregierung die Landesanstalt für Medien und die Weiterbildungseinrichtungen bei ihren Angeboten zur Entwicklung von Medienkompetenz unterstützen und nicht – wie es der Entwurf zum neuen Landesmediengesetz vorsieht – eine vom Land gewollte fragwürdige Stiftung fördern.

Um die Medienvielfalt in Nordrhein-Westfalen auch im Internetzeitalter zu sichern, ist es nötig, ...

... dass der Wert von gutem Journalismus in der Gesellschaft anerkannt wird – auch finanziell. Wir setzen uns für Lokaljournalismus ein, weil er wichtig für die Demokratie vor Ort ist. Eine Stiftung soll hierbei Unterstützung bieten und Kompetenzen in NRW zusammenführen.

... Verlage auf ihrem Weg zu Multimediahäusern durch entsprechende Rahmenbedingungen zu unterstützen, damit sie im Internet Geld verdienen können.

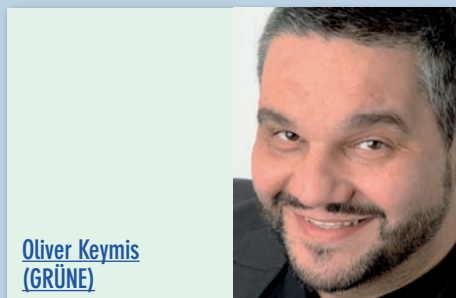
Inzwischen beteiligen sich viele Bürgerinnen und Bürger im Internet online an vielen Debatten. Vor diesem Hintergrund sehe ich die Zukunft des Bürgerfunks und -fernsehens als ...

... ein Element der Bürgermedien, mit dem viele Zuhörerinnen und Zuhörer erreicht werden können. Beteiligung wird zukünftig auf verschiedenen Ebenen organisiert und schafft Meinungsvielfalt. Die technische Entwicklung bringt in diesem Bereich viele zusätzliche Möglichkeiten: Eine davon ist die zukünftige Online-Plattform für Bürgermedien.

... eine Einrichtung mit großer Tradition, aber deshalb abnehmender Bedeutung.

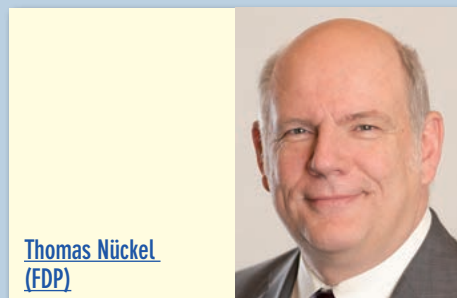


Diesmal zum Thema Medien.



Oliver Keymis
(GRÜNE)

... ist eine Frage der Daseinsvorsorge und dient der Zukunftssicherung des Landes Nordrhein-Westfalen. Hier müsste dringend ein bundesweites Netzausbauprogramm mithilfe der EU, des Bundes und der Länder unter Einbeziehung der Netzausbaunehmen erarbeitet und zeitnah umgesetzt werden.



Thomas Nüchel
(FDP)

... ist Voraussetzung für die politische, kulturelle, wirtschaftliche und gesellschaftliche Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen. Wer ungewollt vom Internet abgehängt ist, wird zunehmend von Wohlstand und Fortschritt abgehängt.



Daniel Schwerd
(PIRATEN)

... ist schon heute die Voraussetzung für eine umfassende gesellschaftliche, wirtschaftliche, kulturelle und politische Partizipation aller Menschen. Leider verschläft die Landesregierung den nötigen Ausbau der Breitbandinfrastruktur – wir drohen den Anschluss an die digitale Zukunft zu verlieren.

... sollten wir möglichst schon in der Schule mit entsprechenden Medienbildungsangeboten beginnen, denn zur gleichberechtigten Teilhabe in der digitalen Welt gehören lebenslanges Lernen und Mitgestalten. Neben den Chancen müssen wir auch transparent über die Risiken der Mediennutzung aufklären.

... muss die Landesregierung den flächendeckenden Ausbau der Breitbandinfrastruktur voranbringen. Statt runder Tische und warmer Worte ist dafür unter anderem der Zugriff auf europäische Fördermittel vonnöten. SPD und GRÜNE verhindern diesen jedoch nach wie vor.

... darf es keine Barrieren geben, die Menschen ausschließen. Wir brauchen echte Netzneutralität: Der Gesetzgeber muss gleichmäßige Zugangs- und Nutzungsmöglichkeiten für Alle schaffen. Zudem müssen die derzeit unklaren Haftungsfragen für private und kommerzielle Anschlussanbieter neu geregelt werden.

... müssen wir uns politisch nicht nur für schnelle digitale Netze und vielfältige Empfangsmöglichkeiten einsetzen, sondern auch für mehr Kompetenz im Umgang mit Medien und Inhalten, denn gleichberechtigte Teilhabe erfordert Wissen und Verständnis für immer komplizierter werdende Zusammenhänge.

... muss sie vor allem in Schulen noch effektiver vermittelt werden. Aber auch der Landesanstalt für Medien kommt eine wichtige Rolle bei der Vermittlung von Medienkompetenz zu. Daher dürfen ihre Mittel nicht für ideologische Projekte wie die sogenannte „Stiftung Partizipation & Vielfalt“ zweckentfremdet werden.

... muss sie in Schule und Ausbildung vermittelt werden. Das bedeutet aber auch, dass Lehrer und Ausbilder geschult sein müssen – Medienkompetenz muss auch Erwachsenen vermittelt werden.

... vielfaltssichernde Gesetze zu beschließen, den Zeitungsvertrieb auch künftig über das bewährte Presse-Grosso-System zu sichern und den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in seinem Bestand und seiner Entwicklung auch weiterhin qualitativ und (plattform-)unabhängig zu garantieren.

... verlorengegangenes Vertrauen in das Internet zurückzugewinnen. Vielfalt gedeiht nicht in einem Umfeld von Überwachung und Misstrauen. Dazu muss die Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung verhindert und ein EU-Datenschutzabkommen, das auch für ausländische Konzerne gilt, abgeschlossen werden.

... Plattform- und Netzneutralität gesetzlich zu verankern. Dann ist gewährleistet, dass auch kleine Anbieter faire Chancen haben, ihre Inhalte zu vermitteln. Zudem müssen wir den Menschen die Fähigkeit vermitteln, nicht nur als kompetente Nutzer, sondern auch als Anbieter am Netz teilzuhaben.

... weiterhin sehr wesentlich an. Bürgermedienkompetenz und Bürgerbeiträge im Rundfunk eröffnen Debatten, die dann in örtlichen Medien und auch im Netz weitergeführt werden. Lokale gesellschaftliche Teilhabe, die Demokratie vor Ort, braucht Sender und Empfänger dort, wo sich Menschen zu ihren Fragen vor Ort äußern.

... kleinen Beitrag zur Medienvielfalt an. Wir wollen Vielfalt bei Inhalten und Vielfalt bei Medienformen. Die entsprechenden Ordnungsrahmen – etwa das Landesmediengesetz – müssen daher regelmäßig angepasst werden, um mit der technologischen und gesellschaftlichen Entwicklung Schritt zu halten.

... stärker im Netz und mit interaktiven Formaten und Medien. Bürgerinnen und Bürger treten im Internet nicht nur als Konsumenten auf, sondern immer stärker auch als Sender. Die Politik kann sie dabei unterstützen, indem sie öffentliche Inhalte in Zukunft grundsätzlich in freien Formaten anbietet.